



Antrag

der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und DIE LINKE

Für eine humanitäre Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik

Der Landtag wolle beschließen:

A.

Der Landtag stellt fest, dass Deutschland, und damit Schleswig-Holstein, ein Einwanderungsland ist und bekennt sich daher zu einer verantwortungsvollen humanitären Menschenrechts- und Flüchtlingspolitik.

B.

Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass weiterhin regelmäßig Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms in Deutschland, und damit in Schleswig-Holstein, aufgenommen werden.

C.

Die Landesregierung wird gebeten, bis Ende März einen schriftlichen Bericht für den Innen- und Rechtsausschuss über den Verlauf des Resettlement-Programms in Schleswig-Holstein in den vergangenen zwei Jahren vorzulegen. Hierbei sollen auch Vorschläge zur Optimierung des Verfahrens gemacht werden.

Begründung:

Die Idee eines Resettlement-Programms ist nicht neu. Manche EU-Länder, insbesondere die skandinavischen, führen es bereits seit Jahren durch. Immer wieder nehmen diese Staaten Flüchtlinge aus akuten Krisensituationen auf und gewähren ihnen sicheren Aufenthalt.

Auch in Deutschland wurden vor 30 Jahren die so genannten Boat People aus Vietnam aufgenommen. Insgesamt wurden damals rund 26.000 Flüchtlinge in Deutschland aufgenommen.

Weltweit sitzen heute Hunderttausende von Flüchtlingen am Rande von Krisengebieten in Lagern fest, ohne eine Perspektive auf ein menschenwürdiges Leben. Der Weg nach Europa ist ihnen verstellt. Die Hürden sind nahezu unüberwindbar. Die Fluchtwege sind weit, teuer und gefährlich. Tausende versuchen es trotzdem und sterben auf der Flucht. Nur wer fit ist, wer also über Geld, Einfluss, viel Zähigkeit und Glück verfügt, hat eine Chance. Das Resettlement kommt hingegen insbesondere für Frauen, Kinder, alte und kranke Menschen in Frage, die ohne Perspektive in Flüchtlingslagern leben und nicht in sichere Länder fliehen können.

Diese Flüchtlinge sollen dauerhaft hier in Deutschland angesiedelt werden, was bedeutet, dass alle rechtlichen Hemmnisse abgebaut werden und die Integration in Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft von Beginn an ermöglicht und gefördert werden. Denn die mit Resettlement-Programmen verbundenen Chancen für die Aufnahmegesellschaft sind positiv und werden leider zu oft unterschätzt.

Luise Amtsberg
und Fraktion

Silke Hinrichsen
und Fraktion

Antje Jansen
und Fraktion